






Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

01.02.06

Rossmann hakt bei Familienkasse nach. Kinderzuschlag muss vereinfacht werden.

Nicht nur mit der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen, sondern auch mit der Neuordnung bei den Familienkassen sind die Mitarbeiter der Arbeitsagentur Elmshorn in den letzten Monaten stark gefordert worden. Nachdem Beschwerden laut geworden waren hat der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann bei der Pinneberger Agentur und Familienkasse Erkundigungen zum realen Sachstand eingeholt. Danach gibt es seit Juli 2005 statt sieben Familienkassen nur noch drei Anlaufstellen in Schleswig-Holstein, nämlich in Flensburg, Bad Oldesloe und Elmshorn. Mit der Auflösung der Familienkasse Heide mussten weit über 20.000 Akten neu in Elmshorn eingeordnet werden.

Für den Bundestagsabgeordneten ist es dabei unbedingt anzuerkennen, dass diese zusätzlichen, neuen Aufgabenstellungen durch die Mitarbeiter - auch

mit Überstunden an Wochenenden und neben der laufenden Arbeit - sehr engagiert bewältigt worden sind. Bearbeitungsrückstände waren gleichwohl nicht vermeidbar. Rossmann: „Solche Rückstände betreffen natürlich oft die, die kein üppiges Einkommen haben. Für solche Familien ist dies natürlich sehr unschön und belastend.“ Trotzdem bittet der Abgeordnete auch diese Familien um Verständnis, da sich nun die durchschnittliche Bearbeitungsdauer zunehmend reduziert und die Bearbeitungsrückstände deutlich abgebaut werden konnten. So waren von insgesamt rund 4.400 Bearbeitungsrückständen vom September 2005 drei Monate später nur noch die Hälfte übrig. Zum Jahresende gab es dann nur noch eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von weniger als vier Wochen, die mittlerweile auf drei Wochen reduziert werden konnte.

Ein besonderes Problem sieht der Abgeordnete dabei in zusätzlichen Anforderungen durch die einkommensabhängige Berechnung des Kinderzuschlages, der seit einem Jahr zusätzlich zum Kindergeld beantragt werden kann. Hierbei muss immer wieder neu überprüft werden, ob und wann eine Familie Anspruch auf diese Leistung hat. Die Mehrheit dieser Anträge auf Kinderzuschlag wird gegenwärtig abgelehnt. Für den SPD-Politiker ist es deshalb wichtig, dass die Weiterentwicklung dieses Kinderzuschlages in dieser Legislaturperiode zu einer größeren Transparenz führt. Im Koalitionsvertrag haben die Berliner Regierungsparteien hierbei eine Vereinfachung bei Antragsverfahren und Bearbeitung vereinbart sowie eine Erweiterung des berechtigten Kreises. Ziel soll sein, weitere Kinder zu erreichen und ihren Eltern zu

ermöglichen, ohne Bezug von Arbeitslosengeld II für sie zu sorgen. Rossmann: „Die aktuellen Daten, nach denen immer noch fast 90 Prozent der Anträge abgelehnt werden müssen, zeigt, dass hier mehr Aufklärung und auch eine Entlastung des bisherigen komplizierten Systems erforderlich ist.“